

Fortsetzung von Seite 1

## Erfahrungswissen hat Zukunft

des 8. Juni eröffnen wird, haben sich auch die Bundesminister Ulla Schmidt und Wolfgang Tiefensee sowie die Vorsitzende der Grünen, Claudia Roth, für die Veranstaltung im Congress Center Leipzig angekündigt. Der Seniorentag wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und dem Sächsischen Staatsministerium für Soziales finanziell gefördert und

von der Stadt Leipzig unterstützt. Es empfiehlt sich, Eintrittskarten im Vorverkauf zu erwerben, da sie an den Veranstaltungstagen zur kostenlosen Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs in und um Leipzig berechnen. Das Tagesticket kostet 7,50 Euro, das Drei-Tage-Ticket 18 Euro. Das detaillierte Programm kann bei der BAGSO bestellt oder unter [www.deutscherseniorentag.de](http://www.deutscherseniorentag.de)

de heruntergeladen werden.

In Leipzig ist es auch in den Bürgerämtern, in den Begegnungsstätten für Ältere oder bei der Seniorenbeauftragten erhältlich. Karten gibt es bei der BAGSO (E-Mail: [dst@bagso.de](mailto:dst@bagso.de)) sowie an den Vorverkaufsstellen der Leipziger Messe, bei den Leipziger Verkehrsbetrieben und der Leipzig Tourismus und Marketing GmbH.

## Programmschwerpunkte 9. Seniorentag

### Montag, 8. Juni

ab 10 Uhr:  
**Podiumsveranstaltungen**

10 bis 13 Uhr:  
**Workshops**

Angebote zu körperlicher und geistiger Fitness, Wohnen im Alter und Internetnutzung

15 bis 16.30 Uhr:  
**Festveranstaltung**  
Eröffnung des Seniorentages mit Bundeskanzlerin Angela Merkel

19 Uhr:  
**Ökumenischer Gottesdienst**  
in der Thomaskirche zu Leipzig mit Landesbischof Jochen Bohl und Bischof Joachim Reinelt, Musikalische Begleitung: **Thomanerchor**

### Dienstag, 9. Juni

9.30 bis 16 Uhr:  
**Ganztägige Foren zu Grundsatzfragen des Älterwerdens**

- Alter mit Engagement leben
- Alter in finanzieller Sicherheit leben
- Alter selbst bestimmt und umsorgt leben
- Alter mit beruflicher Erfahrung leben
- Alter selbstständig leben
- Alter aktiv leben – körperlich und geistig
- Alter im Dialog der Generationen erleben
- Alter schöpferisch leben

13.30 bis 14.10 Uhr:  
**Öffentliches Interview**  
mit dem SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering

16.30 bis 18 Uhr:  
**Podiumsgespräch „Infrastruktur für eine alternde Gesellschaft“**  
mit Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee

### Mittwoch, 10. Juni

10 bis 12 Uhr:  
**Talk in Leipzig „Sozialpolitik ohne Generationenvertrag“**,  
Seniorenpolitische Podiumsdiskussion mit Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt

13 bis 16.30 Uhr:  
**Workshops**

16.30 Uhr: **Konzert** des Polizeiorchesters Sachsen, musikalische Leitung: Torsten Petzold

Podiumsdiskussion der integ-Jugend des SoVD

## „UN-Konvention – in Deutschland ohne Konsequenz?“

Am 26. März fand in der Bundesgeschäftsstelle des Sozialverband Deutschland eine Podiumsdiskussion unter dem Titel „UN-Konvention – in Deutschland ohne Konsequenz?“ statt. Veranstaltet wurde die Diskussion von der integ-Jugend im Sozialverband Deutschland just an dem Tag des Inkrafttretens der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Deutschland.

Im Rahmen der Diskussion wurden diverse Fragen zur Umsetzung der UN-Konvention in Deutschland erläutert. Vor dem Hintergrund des Artikels 12 der UN-Konvention, der sich eingehend mit der Geschäftsfähigkeit von Menschen mit Behinderungen befasst, wurde auch die Denkschrift der Bundesregierung kritisch beleuchtet. In dieser verweist die Bundesregierung auf die schon existierende Umsetzung des Artikels unter Bezugnahme auf die über hundertjährigen Paragraphen 104f des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB). Vonseiten der Podiumsvertreterin des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Stephanie Pagel, habe die Denkschrift in der vorliegenden Version nur einen inhaltlich sehr geringen Anteil bei der Umsetzung der UN-Konvention durch die Bundesregierung. Sie sei eher als ein Kompromissangebot an politische Vertreter zu sehen, die einer Umsetzung der UN-Konvention verhalten gegenüberstünden.

Ähnlich verhalte es sich mit der deutschen Übersetzung der UN-Konvention, die etwa das englische Wort „inclusion“ (Inklusion) mit „Integration“ übersetzt. Entscheidend sei jedoch gerade die englische Version der UN-Konvention.

Einig waren sich alle Teilnehmer darüber, dass „inclusion“ in der Konsequenz bei der Umsetzung der



Foto: Schlemmer

v. li.: Nico Hamkens (integ-Bundesvorsitzender), Stephanie Pagel (BMAS), Oliver Rehlinger (Moderator), Hubert Hüppe (CDU-Bundestagsfraktion), Sabine Häfner (Teilnehmerin der 7. und 8. Verhandlungsrunde zur UN-Konvention in New York).

UN-Konvention weitreichender sei als die deutsche Übersetzung mit dem Wort Integration. Dies sei vor allem wichtig für die Umsetzung des Artikels 24 der Konvention. Ein verpflichtendes inklusives Bildungssystem nach Art der UN-Konvention hätte weitreichende Folgen für das deutsche Bildungswesen. So müssten sich auch Sonderschullehrer in Zukunft daran orientieren, dass sie unterstützenden Regelschulen praktizieren würden, so Hubert Hüppe, Behindertenpolitischer Sprecher

der CDU-Bundestagsfraktion.

Zur Sprache kam zudem die Monitoringstelle zur Kontrolle der Umsetzung der UN-Konvention im Deutschen Institut für Menschenrechte. Während diese grundsätzlich positiv zu bewerten sei, müsse man jedoch erst einmal die Erfahrungen mit ihr abwarten.

Das Fazit aller Teilnehmenden war unisono, dass im Rahmen der Podiumsdiskussion inhaltlich konstruktiv und auf hohem Niveau miteinander diskutiert wurde. *mtf*

## „Fight the crisis – put the people first!“ Demonstrieren Sie auf der Demo am 16.5.!

Liebe Freundinnen und Freunde im SoVD,



die Krise der Finanzmärkte hat die Weltwirtschaft in eine tiefe Rezession gerissen. Bereits jetzt leben ca. 15 Millionen Menschen in Deutschland in Armut – Tendenz steigend! Durch die Wirtschafts- und Finanzkrise wird nur zu deutlich, welche unerträglichen Ausmaße der Sozialabbau in Deutschland angenommen hat.

Armut zeigt sich nicht mehr nur in den Suppenküchen und Obdachlosenasylen, sondern auch in Kindertagesstätten und Schulen, Seniorenzentren und Altenheimen. Jedes vierte Kind in Deutschland ist arm, weil seine Eltern nicht genug verdienen – sie arbeiten, ohne von ihrem Lohn leben zu können. Ein ausreichendes Einkommen aber ist Grundlage dafür, dass Kinder ohne Not heranwachsen, dass sie sich bilden, gesund ernähren und ohne Ausgrenzung aufwachsen können.

Langzeitarbeitslosigkeit, unterbrochene Erwerbsbiografien und Niedriglöhne stören schon jetzt den Generationenvertrag. Dass Minijobs zu Minirenten führen, ist längst kein Geheimnis mehr.

Wir wehren uns! Wir wehren uns gegen die Subventionierung von Arbeitgebern, die Sonderprofite durch Armutslöhne machen. Wir wehren uns gegen die Entsolidarisierung und Demontage des Sozialstaates zugunsten einer ungehemmt freien Wirtschaft. Wir fordern, dass Politik und Wirtschaft

wieder den Menschen in den Mittelpunkt stellen!

Demonstrieren Sie mit uns auf dem europäischen Aktionstag des Europäischen Gewerkschaftsbundes am 16. Mai 2009 in Berlin!

Die Demo startet am 16. Mai, 11.30 Uhr, an Breitscheidplatz und Hauptbahnhof Berlin. Von hier aus werden die Demonstrationen zur Siegestraße ziehen, wo um 14 Uhr die Hauptkundgebung stattfinden wird.

Für die Anreise nach Berlin hat der DGB Busfahrten bzw. Sonderzüge organisiert. Wenn Sie an der Großkundgebung teilnehmen wollen, können Sie sich beim nächsten DGB-Regionalverband nach freien Plätzen in den Transportmitteln erkundigen. Eine Übersicht über die DGB-Regionen finden Sie unter [www.dgb.de/dgb/regionen/regionen.htm](http://www.dgb.de/dgb/regionen/regionen.htm). Weitere Informationen erhalten Sie bei Ihrem Landes- und Kreisverband!

Ihr Adolf Bauer,  
Präsident Sozialverband  
Deutschland (SoVD)

Experten befürworten stärkere Absicherung

## 500 Euro Grundsicherung für jedes Kind verlangt

Angesichts wachsender Kinderarmut verlangen Experten und Verbände eine eigenständige Grundsicherung für jedes Kind von 500 Euro im Monat. Sie soll die bestehende Familienförderung aus Kindergeld, Sozialgeld, Kinderzuschlag und BAföG ablösen.

Arbeiterwohlfahrt, Kinderschutzbund, GEW, pro Familia und namhafte Familienexperten präsentierten das neue Modell, mit dem Kinder unabhängig vom Einkommen der Eltern bis zum 27. Lebensjahr abgesichert werden könnten. Die Kosten von etwa 100 Milliarden Euro könnten nach dem Systemwechsel weitgehend aus den bisherigen Familienleistungen finanziert werden, argumentieren die Befürworter. *(dpa)*

SoVD sieht in Rentenerhöhung eine Ausnahme

## Weitere Nullrunden drohen bei der Rente

Die Rentenerhöhung von 2,41 Prozent ist ein erfreuliches Signal für die Rentnerinnen und Rentner. Sie kommt durch eine sehr gute Lohnentwicklung 2008 und durch das Aussetzen des Riesterfaktors zustande. Aber damit wird die rentenkürzende Wirkung des Riesterfaktors in Höhe von 0,6 Prozent nur auf spätere Jahre verschoben. Die Rentenerhöhung ist eine Ausnahme – in den nächsten Jahren drohen weitere Nullrunden. Der SoVD fordert daher, die Rentenkürzungsfaktoren abzuschaffen.

Auch wenn die diesjährige Rentenerhöhung mit 2,41 Prozent so hoch ausfällt wie seit Langem nicht mehr, kann dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass in den nächsten Jahren weitere Nullrunden ins Haus stehen. Die Große Koalition hat beschlossen, den rentenkürzenden Riesterfaktor 2008 und 2009 auszusetzen und die Rentenkürzung von je 0,6 Prozent in den Jahren 2012 und 2013 nachzuholen. Die Rentenkürzungen von 2008 und 2009 sind also nur aufgeschoben, nicht aufgehoben. Für die Rentnerinnen und Rentner bringt das zweimalige Aussetzen des Rentenkürzungsfaktors nur eine kurze Atempause.

Die Rentnerinnen und Rentner haben seit 2004 Kaufkraftverluste von mindestens zehn Prozent erlitten. Das gleicht auch die diesjährige Rentenerhöhung bei Weitem nicht aus. Und für die nächsten Jahre drohen weitere Kaufkraftverluste: Die verschiedenen Rentenkürzungsfaktoren wirken in den nächsten Jahren voraussichtlich so stark, dass die lohnorientierte Rentenanpassung ausgehebelt wird. Die Rentnerinnen und Rentner dürfen aber auf keinen Fall von der Lohnentwicklung abgekoppelt werden. Deshalb müssen die Rentenkürzungsfaktoren weg!